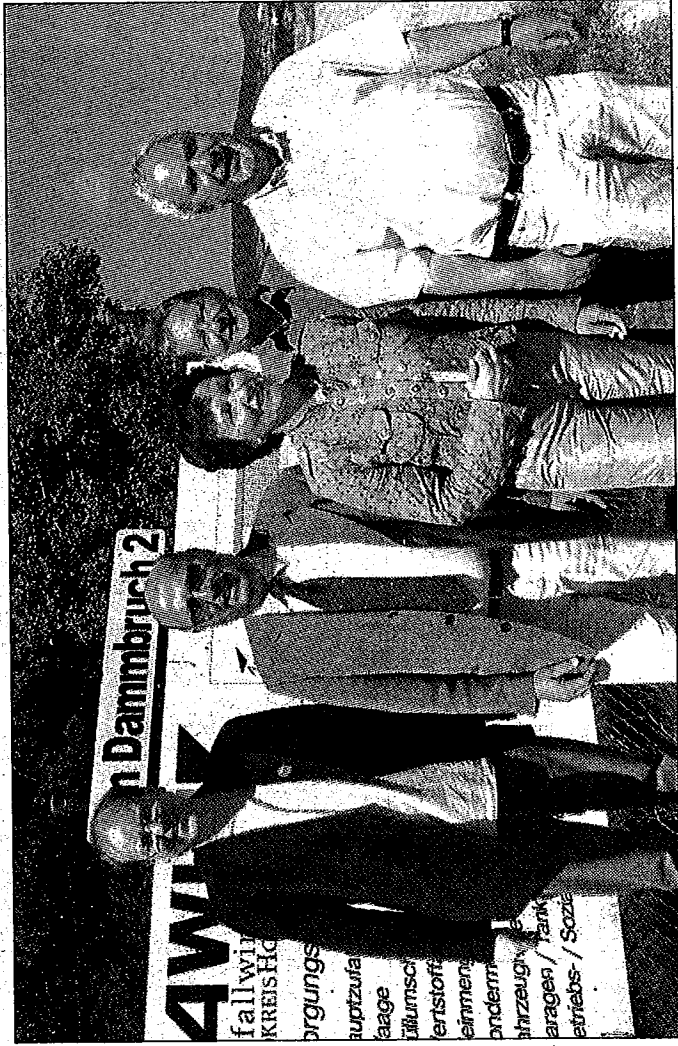


„Die Mehrheitsgruppe fällt der Abfallwirtschaft in den Rücken“

SPD und Grüne kritisieren den Prüfauftrag der CDU/FDP/UWG-Gruppe an den Abfallwirtschaftsbetrieb

Kreis Holzminden (bs). „So sieht verantwortungsvolle Politik für den Landkreis nicht aus“, erklärt Peter Ruhwedel, die CDU/FDP/UWG-Gruppe fällt der Abfallwirtschaft in den Rücken“. Und es scheint, als wolle der Grünen-Kommunalpolitiker hinter jedem Wort einen Punkt setzen. Der Kampf ums Altpapier, der Prüfauftrag an den Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises haben die Opposition aufgerüttelt. SPD und Grüne fürchten um die Zukunft der Abfallwirtschaft und der Mitarbeiter. „Das ist eine Zerschlagung der öffentlichen Daseinsvorsorge“, kritisiert Sabine Tippelt, SPD-Landtagsabgeordnete, im Gespräch mit dem TAH, um das die Gruppe SPD/Grüne im Holzmindener Kreistag gebeten hat, die Ziele der bürgerlich-liberalen Mehrheit.



Kreis Holzminden. SPD und Grüne kritisieren den Antrag der Mehrheitsgruppe zur Teilprivatisierung der Abfallwirtschaft. (Von links:) Christian Meyer, Landtagsabgeordneter der Grünen, Eckhard Jungk (SPD), Sabine Tippelt, SPD-Landtagsabgeordnete, Peter Ruhwedel (Grüne) und Friedel Lages (SPD). Foto: bs

Neben Sabine Tippelt sind Eckhard Jungk und Friedel Lages von der SPD mitgekommen sowie Peter Ruhwedel und Christian Meyer. Der Grüne Landtagsabgeordnete hält Artikel in der Hand, zitiert aus der „Welt“ und dem „Spiegel“. Während andernorts die Kommunen die privatisierten Betrieben zurückholen in die eigene Verantwortung, favorisiert die Mehrheit im Kreistag PPP, also eine Kooperation mit einem privaten Partner (der TAH berichtet). Während sich CDU, FDP und UWG durch eine Teilprivatisierung (49 Prozent) Einsparungen erhoffen, als Beispiel den Landkreis Lippe anzuführen, stellen sich SPD und Grüne

mensverschlechterung befürchtet. „Unsere Mitarbeiter müssen vernünftig bezahlt werden.“ Und für Eckhard Jungk ist die Ankündigung der Mehrheitsgruppe, die Mitarbeiter könnten per Rechtsanwalt (den der Landkreis bezahle) die gegebenenfalls abzuschließenden neuen Verträge prüfen lassen, „mehr als makaber“. Jungk: „Wir müssen das Infra-Gutachten zur Sammellogistik erst einmal in Gänze abarbeiten und dann weiter diskutieren.“

Und diese Diskussion gehöre in die Ausschüsse, betont Jungk. Das Infra-Gutachten soll am 18.

Juni im Werksausschuss behandelt werden (15 Uhr, Feuerwehrtechnische Zentrale). „Wenn es jetzt einreißt, das die Mehrheit Dinge vorher in der Presse lanciert, sind die Ergebnisse schon vorgegeben“, bedauert er.

„Wenn man die große Abfallwirtschaft Holzminden so massiv in Frage stellt, destabilisiert man den Landkreis Holzminden. Wir stehen für den Landkreis“, betont Peter Ruhwedel, verweist auf eine Resolution zu diesem Thema, die SPD und Grüne in den nächsten Kreistag einbringen wollen.

stellt – Was ist damit?“, fragt Sabine Tippelt – und ein Gutachten zur Untersuchung der Sammellogistik der Abfallwirtschaft in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse der 40.000 Euro teuren Studie sind gerade erst vorgelegt worden, versprechen aber jährliche Einsparungen in Höhe von 300.000 Euro.

„Die Initiative erfolgt zu einem falschen Zeitpunkt“, ärgert sich Peter Ruhwedel. „Der Betrieb ist gut aufgestellt und wir wollen uns zukunftsorientiert aufstellen durch das Gutachten. Das jetzt passiert, ist, dass die Belegschaft verunsichert wird. Wir stehen auf Seiten der Belegschaft, denn Privatisierung bedeutet Serviceabbau, längere Abfuhrzyklen, eine schlechtere Bezahlung der Bediensteten. Und Friedel Lages rechnet vor: Im vergangenen Jahr, habe die Abfallwirtschaft ein Plus von 150.000 Euro gemacht. „Ich kann die Initiative zur Privatisierung überhaupt nicht verstehen“, schüttelt er den Kopf. „Mein Ziel ist es nicht, das Personal dem privaten Partner zu übergeben“, stellt Sabine Tippelt klar, die eine Einkomm-